



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/114

18. Mai 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Trabanten des Sowjetsterns Die "Sozialdemokratische Aktion" wenig erfolgreich	S.1
Arbeiter-Rechte unter Mao Tse Tung	S.3
Landsknechte des Fünften Reiches - Glosse	S.4
Internationaler Gewerkschaftskongress in Stuttgart	S.5

Trabanten des Sowjetsterns

W.P.: Unauffällig, aber mit planmässiger Folgerichtigkeit haben die westdeutschen Kommunisten ihre politische Aktivität mehr und mehr von der Partei auf zahlreiche Arbeitsgemeinschaften, Gruppen, Komitees, Bünde, in jedem Fall jedoch nach aussen "überparteilich" auftretende Organisationen verlagert. Diese Massnahme, die der Erkenntnis entspringt, dass von dem kompromittierten Firmenschild der KP keine Werbewirkung mehr ausgeht, ist zwar einleuchtend und verständlich, zwingt andererseits aber dazu, der Öffentlichkeit den kommunistischen Charakter der lediglich der Irreführung dienenden sogenannten "Massen-Organisationen" aufzuzeigen.

Unter den zahllosen Organisationen, die die Kommunisten für bestimmte Zwecke gebildet haben, befindet sich auch die am 15.10.49 in Frankfurt gegründete sogenannte "Sozialdemokratische Aktion". Ihr wurde von Anfang an eine Spezialaufgabe zugewiesen: In Mitgliedschaft und Funktionärkörper der SPD Misstrauen und Widerstand gegen ihre Führung zu entfachen, selbst die Führung zu übernehmen und die Vereinigung mit der KP herbeizuführen. Drei wegen kommunistischer Tätigkeit aus der SPD ausgeschlossene politische Hasardeure hatten ihre Bereitschaft erklärt, diesen Auftrag auszuführen. Es waren der Agrarreferent Arthur von Machul, Oberbürgermeister a.D. Hans Ziegler und Zeitungshändler August Kuper. Materielle Mittel stellte der KP-Vorstand in Frankfurt reichlich zur Verfügung: Büroräume, Personal und

Geld. Im Dezember erschien die erste Ausgabe einer Wochenzeitung ("Unsere Aktion"), die fast ausschliesslich als Werbeexemplare versandt wurde. Bemerkenswert ist, dass bis heute von der Gesamtauflage von 10.000 nicht einmal 100 Exemplare verkauft wurden. Es zeigte sich in den vergangenen Monaten darüber hinaus, dass die "SDA" nicht nur über die Mittel zur Herausgabe einer Zeitung verfügte, sondern bei jedem öffentlichen Auftreten eine bemerkenswerte finanzielle Grosszügigkeit übte, indem sie beispielsweise bei Pressekonferenzen und Tagungen für Verpflegungs- und Unterbringungskosten sowie Reisespesen aufzukommen sich bereit erklärte. So pflegt Herr von Machui die Journalisten der Konferenzen aufzufordern: "Meine Herren, bestellen Sie, was Sie wollen, alles geht auf unsere Rechnung".

Alles das wird nur verständlich, wenn man weiss, dass die Frankfurter Zentrale des Berliner Rundfunks den Manager der "SDA" in die Tausende gehende Beträge aushändigt und wenn man das Zugeständnis auf der Pressekonferenz in Bonn am 2. Mai 1950 gehört hat, dass ostzonale Zeitungsverlage "vorläufig" diese westdeutsche Gruppe unterstützen.

Trotz dieser reichlichen Mittel kann jetzt nach mehr als einem halben Jahr festgestellt werden, dass alle Anstrengungen, zwischen Mitgliedschaft und Führung der SPD einen Keil zu treiben, misslungen sind. Die "Sozialdemokratische Aktion" beschränkt sich bis heute auf eine etwa 30 Personen umfassende Frankfurter Gruppe, die aus ausgeschlossenen SPD-Mitgliedern und eingeschriebenen Mitgliedern der KP besteht. Die Gründungsversuche in Hamburg, Schleswig-Holstein, West-Berlin und Nordrhein-Westfalen können nur als klägliche Misserfolge bezeichnet werden und waren überhaupt technisch nur darum durchführbar, weil man mit der Unterstützung des kommunistischen Parteiapparates in den betreffenden Ländern rechnen konnte.

Die Formulierung der Herren Machui und Kuper sind inzwischen zunehmend deutlicher geworden. Bereits auf der missbräuchlich unter sozialdemokratischem Namen einberufenen Pressekonferenz in West-Berlin am 19. Januar 1950 sprach Kuper von der "absoluten und unabdingbaren Freundschaft zur Sowjetunion" und erklärte, seine Meinung bei der KP-Führung besser vertreten zu können als in der SED, und auf der Bonner Pressekonferenz vom 2. Mai 1950 wurde von der KP als der Partei mit der politischen Zukunft gesprochen. In Duisburg sprach Machui offen aus, worauf es ankäme: dass man danach strebe, einen Kader zu bilden, der eine Stärke von 2 - 3000 erreichen würde. Damit könnte in spätestens zwei Jahren eine totale "Erneuerung" der SPD (Gleichschaltung!) erreicht werden, denn auch die russische Revolution 1917 sei von nur 2-3000 Menschen gemacht worden.

Arbeiter-Rechte unter Mao Tse Tung

sp. Die Regierung der "Chinesischen Volksrepublik" gab kürzlich drei Verordnungen heraus, nach denen die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern geregelt werden. Ein Studium dieser Verordnungen zeigt, dass die kommunistische Regierung Chinas, unter dem Vorwand, Rechte aufzustellen, Methoden einführt, die der Arbeiterschaft eines ihrer Grundrechte raubt, nämlich Kollektivverhandlungen zu führen. Damit wird ein Zustand ähnlich dem in allen anderen Ländern hinter dem Eisernen Vorhang geschaffen.

Die Gewerkschaften dürfen demnach nicht als freie Verhandlungspartner auftreten. Kollektivvereinbarungen, die für einen ganzen Wirtschaftszweig Geltung haben sollen, müssen dem Arbeitsministerium unterbreitet werden. Ebenso werden die Einzelheiten für den Abschluss von Vereinbarungen mit einzelnen Unternehmern von diesem Ministerium formuliert. Auch das Streikrecht ist den Arbeitnehmern auf indirektem Wege versagt. Bei Arbeitsstreitigkeiten müssen die strittigen Punkte dem Arbeitsministerium zur Vermittlung oder schiedsrichterlichen Entscheidung unterbreitet werden, d.h. mit anderen Worten: Zwangsschlichtung durch die Regierung.

Ebenso ist ein allgemeiner Lohnstop dekretiert worden. Nur bei ausgesprochen niederen Löhnen können die Sätze durch Gesamtvereinbarungen revidiert werden, und auch nur dann, wenn das Arbeitsministerium solchen Änderungen zustimmt. In einigen Fällen sind die Löhne den Preisindizes wichtiger Bedarfsgüter angepasst worden.

Die Arbeitszeit wird auf 8 - 10 Stunden im Tag festgesetzt. Sie kann durch Übereinkommen verlängert oder verkürzt werden, falls die Regierung die Genehmigung dazu erteilt. Wenn es sich jedoch als notwendig erweist, dem "Produktionsbedarf nachzukommen", so kann die Arbeitszeit auch auf 12 Stunden je Tag erhöht werden. Für Bezahlung von Überstunden findet man in den Regierungsverordnungen keine Regelung.

Landsknechte des Fünften Reiches

sp. Rascher als die Bundesregierung mit dem geplanten Verfassungsgesetz sind die Elemente zur Stelle, gegen die man sich

schützen will. Hedlers Beauftragter in Schleswig, Münchow, hat dieser Tage der in- und ausländischen Presse seinen "O.D." (Ordnungsdienst)

bekanntgegeben, eine "Organisation für den Saal- und Versammlungsschutz der DRP".

Münchow hat nicht alles gesagt. Er hat verschwiegen, dass dieser O.D. nicht ihm allein gehört, sondern demjenigen, der am meisten zahlt und er hat auch den wirklichen Namen verschwiegen, unter dem diese Organisation sich zusammengefunden hat. Es ist die "Krippe", die ihre "Krippenmänner" zunächst in Flensburg, Neumünster und Rendsburg rekrutiert. Wer unter die "Krippenmänner" gehen will, muss zu-
mindest Unteroffizier gewesen sein, muss einen kleinen Beitrag zahlen und wird dafür unter Versicherungsschutz genommen. Alles weitere, Krankenkasse, evtl. Anwaltskosten und "Einsatz" regelt die Leitung, die sich diskret allen Parteien rechts von der SPD für den Saalschutz meistbietend offeriert. Die Höhe der Rechnung richtet sich nach der Entfernung des Versammlungsortes und nach der politischen Situation in diesem Ort. Der Versammlungsveranstalter muss die vollen Fahrtkosten erstatten und je nachdem, wie "rot" sein Ort ist, sechs bis acht DM für einen "Krippenmann" zahlen. Auch die Ausrüstung kann nach Wunsch gestellt werden; entweder optisch eindrucksvoll mit Polizeiknüppeln und Ochsenziemern oder diskret mit Schlagringen.

Es sind die Landsknechte des Fünften Reiches, noch um einige Grad unmoralischer als Hitlers SA, weil sich diese immerhin nur für eine Partei und eine Weltanschauung "bis zum bitteren Ende" schlugen. Die "Krippenmänner" aber müssen für jeden ihre Haut zu Markte tragen, der "rechts von der SPD" über das notwendige Geld verfügt. Sie können also heute für Dr. Schroeters Korruptionsaffäre, morgen für Hedlers neu-deutsches Bekenntnis, übermorgen für Remers 20. Juli-Mythos ihre Schlagringe schwingen. In jedem Fall aber sind die "Krippenmänner" eine erstaunliche Erscheinung in der demokratischen Entwicklung Deutschlands. Mit anderen Worten: das Fünfte Reich marschiert. Zunächst erst in Flensburg, Neumünster und Rendsburg.

Internationaler Gewerkschaftskongress in Stuttgart

Am 15. - 16. Mai 1950 fand in Bern eine wichtige Tagung des Exekutiv-Komitees der "Internationalen Transportarbeiter-Föderation" (ITF) statt. Diese Sitzung war weitgehend zur Vorbereitung des diesjährigen internationalen Kongresses der ITF gedacht, der in der Zeit vom 21. bis 29. Juli in Stuttgart stattfindet.

Deutscherseits gehören der ITF die Gewerkschaft "Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr" und die "Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands" an. Die ITF ist eine der bedeutendsten internationalen Berufsorganisationen und umfasst heute in 45 Ländern über 100 Organisationen mit rund fünf Mill. Mitgliedern. Sie setzt sich aus acht Sektionen, den Eisenbahnern, den Hafenarbeitern, den Strassenbahnern, den Seeleuten etc. zusammen.

J.H. Oldenbroek (Holland), der heute Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften ist, stand von 1942 bis Ende 1945 als Generalsekretär an der Spitze der ITF. Sein provisorischer Nachfolger in der ITF wurde im Februar 1950 Omar Becu, der Vorsitzende der belgischen Transport- und Hafenarbeiter, die endgültige Wahl wird der Stuttgarter Kongress zu treffen haben.

Zu den Aufgaben der internationalen Berufsorganisationen gehört neben der selbstverständlichen Pflege internationaler Solidarität vor allem, ihren Einfluss und ihre Stärke im Sinne einer Verbesserung des Lebensniveaus der Berufskollegen in der ganzen Welt einzusetzen. Die Arbeitnehmer jener Länder, die bereits grössere Errungenschaften erreicht haben, sollen jenen hilfreich an die Hand gehen, die ihren Emanzipationskampf aus eigener Kraft zwar zu führen bereit sind, aber in ihren Bemühungen noch der Hilfe bedürfen. Wie wichtig das ist, hat gerade die deutsche illegale Gewerkschaftsbewegung in den Jahren von 1933 bis 1945 erfahren. Hans Jahn von der "Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands" und Adolph Kummernuss von der "Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr" könnten darüber sicherlich manches berichten.

Über ein halbes Jahrhundert ist seit der Gründung vergangen. Aus der kleinen Gruppe internationaler Gewerkschafter ist eine der grössten Organisationen geworden, deren Tätigkeit die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmerschaft entscheidend verbessert hat. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung empfindet es als eine besondere Auszeichnung, dass ein so wichtiger internationaler Gewerkschaftskongress in Deutschland stattfinden wird.